



Prof. Dr. Walter Siebel

Was ist los mit unseren Nachbarschaften?

Vortrag auf dem GdW-Stadtentwicklungskongress vom 25. April 2013 in Hamburg



Die Antwort auf die im Titel gestellte Frage lautet: wenig. Wenig sozialer Zusammenhalt, wenn man die moderne Großstadt vergleicht mit dem dichten Geflecht sozialer Beziehungen im vormodernen Dorf. Und wenig soziale Konflikte, wenn man deutsche Städte vergleicht etwa mit der französischen Banlieue oder nordamerikanischen Städten. Im ersten Teil meines Beitrags soll erklärt werden, weshalb Nachbarschaft heute in den Städten nur noch eine geringe Rolle spielt. Im zweiten Teil wird versucht zu erklären, weshalb es hier vergleichsweise wenig soziale Konflikte gibt. Im dritten Teil wird dann auf Tendenzen hingewiesen, wonach sich die sozialen Probleme auch in deutschen Großstädten verschärfen werden. Am Schluss stehen Überlegungen, um solchen Tendenzen entgegenzuwirken.

Was leistet Nachbarschaft heute?

Vormoderne Nachbarschaften beruhten auf ökonomischer Notwendigkeit, gleichen Interessenlagen und sozialer Nähe ihrer Bewohner. Auch blieb man in der Regel sein Leben lang Mitglied ein und derselben Dorfgemeinschaft. Nachbarschaft war Schicksal. Das ist heute nicht mehr der Fall. Man ist nicht mehr existenziell auf seine Nachbarn angewiesen, im Gegenteil: Man meidet eher allzu große Nähe zu den Nachbarn, denn solche Nähe ist konflikträchtig und Konflikte mit Nachbarn sind besonders problematisch. Juristen können Ihnen davon berichten, dass die erbittertesten Streitereien in der Verwandtschaft und unter Nachbarn stattfinden. Also hält man Abstand, mischt sich nicht in die Angelegenheiten seiner Nachbarn ein, insbesondere vermeidet man Verpflichtungen. Man hält die Kontakte auf der Ebene einer vorsichtig-höflichen Distanz. Distanz ist die wichtigste Norm gut nachbarlichen Verhaltens.

Aber auch heute noch sind Menschen in bestimmten Lebenslagen auf nachbarschaftliche Hilfen angewiesen: Das sind einmal berufstätige Mutter, insbesondere wenn sie allein erziehend sind. Sie müssen ihren Alltag unter extremen Zeitzwängen bewältigen. Nachbarschaft kann eine wichtige Ressource bei der Bewältigung des Alltags dieser Frauen sein. Ähnliches gilt für Zuwanderer. Bei Migranten kann man das Phänomen der Kettenwanderung beobachten: Wanderungen richten sich meist auf jene Orte, die schon früher Ziel von Wanderungen gewesen sind. Man zieht dorthin, wo man Verwandte oder Bekannte zu finden hofft, auch dann noch, wenn die ursprünglichen Gründe solchen Zuzugs, etwa ein besonders aufnahmefähiger Arbeitsmarkt, nicht mehr gegeben sind. Das ist heute zum Beispiel im Ruhrgebiet der Fall. Dieses Phänomen hängt damit zusammen, dass neu Zugewanderte, die noch nicht in den Arbeitsmarkt und in sozialstaatliche Net-

ze integriert sind, besonders auf Nachbarschaftshilfe angewiesen sind. Man findet dort Menschen, mit denen man in seiner Sprache sprechen kann, die einen vor Isolation schützen, wo man erste Informationen über die noch fremde Gesellschaft erhält, Arbeitsmöglichkeiten, häufig auch informelle Angebote bekommt etc. Etliche Nachbarschaften lassen sich beschreiben als Brückenköpfe vertrauter Heimat in der Fremde. Sie dienen dazu, den Schock der Migration zu mildern, und wenn es gut geht erfüllen sie wichtige Funktionen im Prozess der Integration.

Auch die Alterung der Bevölkerung wird die Bedeutung von Nachbarschaft stärken. Alter in unserer Gesellschaft ist sozial definiert als Zeit nach dem Ende der Berufstätigkeit. Diese Phase dauert aufgrund der längeren Lebenszeit mittlerweile zwischen 20 und 30 Jahre. Diese historisch einmalig lange Zeit des Alters wird zu drei Vierteln der wachen Zeit in der eigenen Wohnung und dem näheren Wohnumfeld verbracht – hauptsächlich deshalb, weil der wesentliche Grund, die Wohnung zu verlassen, die Berufstätigkeit, nicht mehr existiert, später auch aufgrund eingeschränkter Mobilität. Und ein Wunsch dominiert die Wohnbedürfnisse alter Menschen: in der eigenen Wohnung, in der gewohnten Umgebung und mit den vertrauten Nachbarn alt zu werden. Der demografische Wandel wird also die Bedeutung von Wohnquartier und Nachbarschaft erhöhen.

Das hat Konsequenzen für die Wohnquartiere alter Menschen. Man unterscheidet das autonome, das unterstützungsbedürftige und das abhängige Alter. Für diese verschiedenen Phasen des Alters ist mehr notwendig als barrierefreies Wohnen und andere technische Vorkehrungen. Notwendig ist darüber hinaus ein an die verschiedenen Altersphasen flexibel anpassbares, differenziertes System sozialer Dienstleistungen, das es den Bewohnern möglich macht, so lange wie gewünscht in



der eigenen Wohnung ein weitgehend selbstständiges Leben zu führen. Solche Dienstleistungen dürften sich in verdichteten Stadtgebieten leichter organisieren lassen als in den Streusiedlungen aus Einfamilienhäusern im Umland der Städte. Der demografische Wandel könnte damit auch Chancen für die Großsiedlungen beinhalten, auch deshalb, weil die Träger großer Wohnkomplexe über die personellen und organisatorischen Ressourcen verfügen, um in Kooperation mit privaten oder gemeinnützigen Trägern die notwendigen Dienstleistungen bereitzustellen. Aber die Alterung der Bevölkerung wird auch drei Probleme für die Stadt- und Wohnungspolitik mit sich bringen:

- Erstens sind die Großsiedlungen am Stadtrand für ein gänzlich anderes Lebensmodell geschaffen worden. Niemals war daran gedacht, dass sich Erwachsene mit Ausnahme von Müttern mit kleinen Kindern ganztags dort aufhalten würden. Alte Menschen und Arbeitslose aber tun genau das. Der demografische Wandel wird auch aus diesem Grunde einen erheblichen Bedarf an baulichen Umstrukturierungen und neuen Infrastrukturen für Freizeit et cetera in diesen Siedlungen zur Folge haben.
- Zweitens werden ab 2025 die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Schon heute ist ein beträchtlicher Teil von ihnen nur prekär beschäftigt und kann deshalb auch nur minimale Rentenansprüche aufbauen. Es wird also mehr arme Alte geben, die sich die notwendigen Hilfen im Alter nicht über den Markt verschaffen können. Das wird zu erheblichen Belastungen der Sozialtats der Kommunen führen.
- Aber es stellt sich noch eine dritte Problematik: Vieles von dem, was alte Menschen benötigen, ist über Markt und Staat organisierbar. Eines aber nicht, und dabei handelt es sich um das, was alte Menschen und übrigens auch Kinder am dringendsten benötigen, nämlich Achtung der Person, Vertrauen und Liebe. Das sind Qualitäten menschlicher Beziehungen, die nicht professionalisierbar und nicht gegen Geld verfügbar sind. Sie können nur entwickelt und auch eingefordert werden in den informellen Systemen von Verwandtschaft, Freundschaft und Nachbarschaft. Der demografische Wandel aber zusammen mit dem Wandel der Lebensweise führt dazu, dass das leistungsfähigste dieser Systeme, das Verwandtschaftssystem, für immer mehr alte Menschen gar nicht oder nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung steht. Für das Einzelkind zweier Einzelkinder, aber auch für den, der lebenslang als Single gelebt hat, und auch für die kinderlose Witwe gilt das. Das Einzelkind zweier Einzelkinder hat nach dem Tod seiner Eltern keinerlei direkte Verwandte, keine Onkel und keine Tanten, keine Vettern und Cousinen, keine Gebrüder und Geschwister. Und keine Wohnmaschine kann das ersetzen. Dies ist vielleicht der bedrückendste Aspekt des demografischen Wandels, weil es dafür keine gesellschaftspolitischen Lösungen gibt.

Warum gibt es in deutschen Städten keine sozialen Konflikte vergleichbar denen in anderen Ländern?

Ich habe vor einiger Zeit eine Gruppe amerikanischer Kollegen durch deutsche Problemgebiete geführt und dabei ungläubige Lacher geerntet. Für den vergleichsweise unproblematischen Zustand deutscher Problemgebiete sind viele Gründe verantwortlich: eine über lange Zeit ausgeglichene ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik; eine sehr wirksame und umfangreiche Sanierung und Modernisierungspolitik, die einen Wohnungsbestand auf hohem technischen Niveau mit guter Ausstattung geschaffen hat, aber auch eine sozial verantwortliche Stadt – und Wohnungspolitik, die ein umfangreiches Segment sozialgebundener Wohnungen hat entstehen lassen. Das hat zwei Folgen: Einmal die Abkoppelung des Wohnungsmarktschicksals eines Haushalts von seinem Schicksal auf dem Arbeitsmarkt. Hier ist man nicht so bald gezwungen, seine Wohnung aufzugeben, weil man seinen Arbeitsplatz verloren hat. Und zweitens gewährleisten Mieterschutz und soziale Wohnungspolitik in Deutschland auch einkommensschwächeren Haushalten eine qualitativ akzeptable und sichere Wohnungssituation auch im Mietwohnungsmarkt. Deshalb sind Haushalte mit niedrigem Einkommen hier, anders als in den USA, nicht gezwungen, sich hoch riskant zu verschulden, um im Eigentumsmarkt eine angemessene und sichere Wohnungsversorgung zu erlangen. Mieterschutz und soziale Wohnungspolitik in Deutschland sind ein offenkundig effizienter Schutz vor der Entwicklung von Immobilienblasen wie in den USA.

Negative Tendenzen

Aber diese Bedingungen verlieren seit einiger Zeit an Kraft. Dafür sind in erster Linie sozialstrukturelle Veränderungen verantwortlich, die mit dem Schlagwort der Polarisierung zu kennzeichnen sind. Polarisierung wird die Segregation in deutschen Städten verschärfen. Wenn es, wie es die These der Polarisierung behauptet, mehr Arme und mehr Reiche und weniger Mittelschichtshaushalte gibt, dann wird sich die Nachfrage nach sehr teuren und die nach sehr billigen Wohnungen verstärken, während die nach mittleren Wohnlagen zurückgeht. Die mittleren Wohnungsbestände werden sich polarisieren in einige, die absteigen, um die wachsende Zahl von Haushalten mit ökonomischen und sozialen Problemen zu beherbergen, während andere aufgewertet werden, um die Nachfrage einer wachsenden Zahl von Haushalten mit hohem Einkommen zu befriedigen.

Soziale Polarisierung ist seit 15 Jahren auch in Deutschland empirisch nachweisbar. Die Armen bleiben zwar auf gleichem Niveau arm, aber sie werden zahlreicher. Dagegen wächst die Zahl der Reichen sehr schnell und sie werden obendrein zunehmend reicher. Die Mittelschicht nimmt zahlenmäßig ab



und verliert Einkommen. Es ist also beides festzustellen: eine Polarisierung und eine wachsende Distanz zwischen oben und unten. Das beinhaltet zumindest für die Großstädte im Westen Deutschlands die Gefahr, dass sich die Stadtgesellschaft spaltet. Zu dieser Gefahr trägt auch die sogenannte Renaissance der Städte bei. Die zunehmende Nachfrage nach Innenstadt als Wohn- und Arbeitsort hat einmal Ursachen im ökonomischen Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Die Wissensökonomie hat offenkundig eine hohe Affinität zu urbanen Standorten. Dafür sind aber auch soziale Ursachen verantwortlich, insbesondere der Wandel der Rolle der Frau. Früher konnte – und in der Regel handelte es sich dabei um den Mann – man sich ganz auf seinen Beruf konzentrieren, weil man über einen privaten Haushalt – geführt von einer traditionellen Hausfrau – verfügte, wodurch einem der Rücken freigehalten wurde von allen außerberuflichen Verpflichtungen. Traditionelle Hausfrauen werden selten. Dagegen wächst die Zahl der Frauen, die ihrerseits ein berufszensiertes Leben führen und deshalb ihrerseits Entlastung von außerberuflichen Verpflichtungen verlangen.

Wenn nun immer mehr Erwachsene ein berufs- und karriereorientiertes Leben führen, aber die klassische soziale Voraussetzung, um dies zu können, immer seltener verfügbar ist, nämlich die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, dann ergibt sich ein Dilemma, aus dem nur zwei Wege herausführen: Man rüstet seinen Haushalt mit arbeitssparenden Gerätschaften auf, beschäftigt Haushaltshilfen und vor allem verzichtet man auf Kinder. Oder aber man wohnt in einer modernen Dienstleistungsstadt. Moderne Städte sind hoch effektive Dienstleistungsmaschinen, die jeden, der über Geld und die notwendigen Informationen verfügt, Tag und Nacht mit all den Gütern und Dienstleistungen versorgen, für die man früher einen privaten Haushalt benötigt hatte. Das ist der wesentliche Grund dafür, dass wir seit längerem eine Nachfrage von einkommensstärkeren Arbeitskräften mit nichtfamiliären Lebensweisen nach Innenstadt beobachten. Diese Nachfrage führt zur Aufwertung innerstädtischer Wohnquartiere, also zu Gentrifizierung. Gentrifizierung wiederum bedingt in den meisten Fällen Verdrängung und d.h. eine Konzentration von ökonomisch und sozial schwächeren Haushalten in unattraktiven Wohnquartieren.

Für die Konzentration sozialer Probleme in bestimmten Quartieren sind aber noch zwei andere Prozesse verantwortlich. Den einen kann man Fahrstuhleffekt nennen. Wenn eine Firma, der eine Wohnsiedlung zugeordnet ist, schließt, steigt in dieser Siedlung abrupt die Arbeitslosigkeit. Das Quartier fährt gleichsam im Fahrstuhl zusammen mit seinen Bewohnern nach unten. Der andere Prozess, der für die Bildung problematischer Nachbarschaften verantwortlich ist, wird durch die Abwanderung von Mittelschichtshaushalten ausgelöst. Wenn das Image eines Quartiers sich verschlechtert, wenn es zu einer schlechten Adresse wird, beginnen Haushalte, die Alternativen auf dem Wohnungsmarkt haben, fortzuziehen. Da es sich dabei um kaufkräftige Haushalte handelt, sinkt die Kaufkraft im entsprechenden Gebiet, was zur Einschränkung des Güter- und Dienstleistungsangebots führen kann.

Die Banken können daraufhin zurückhaltend werden bei der Vergabe von Krediten in dieses Gebiet, die Immobilieneigentümer unterlassen notwendige Investitionen, das Gebiet verkommt allmählich auch äußerlich. Wenn dann noch – und das ist ein Abwanderungsgrund von wachsender Bedeutung – in den örtlichen Schulen der Anteil von Kindern aus sogenannten bildungsfernen Schichten zunimmt, so ist das Anlass für eine weitere Runde von Fortzügen mobilitätsfähiger Haushalte. Am Ende solcher Prozesse passiver Segregation bleibt eine benachteiligte Bevölkerung zurück in einem heruntergekommenen Gebiet, in dem sich demografische Probleme (Alter), Integrationsprobleme (Migration) und soziale Probleme (Armut/Arbeitslosigkeit) mit den physischen und infrastrukturellen Nachteilen im Quartier überlagern. Das Quartier kann so zu einem eigenständigen, zusätzlichen Faktor sozialer Benachteiligung werden, zu einem benachteiligenden Quartier. Wir sprechen dann von negativen Nachbarschafts- oder Kontexteffekten, die in vier Dimensionen auftreten: materiell, zum Beispiel schlechte Infrastruktur- und Wohnungsausstattung; sozial: die informellen Hilfsnetze in solchen Quartieren sind in der Regel sehr schwach; ökonomisch: es fehlen für die Bewohner geeignete Arbeitsplätze. Und schließlich ist das Gebiet in der Regel in der Kommunalpolitik politisch wenig repräsentiert.

In Extremfällen kann das Quartier zu einem Ort der Ausgrenzung werden, in dem seine Bewohner von den kulturellen,



Abb. 1: Nachbarschaften im Quartier: Treffpunkt Wochenmarkt (Foto: Jost)



sozialen, ökonomischen und politischen Optionen, die diese Gesellschaft ihren Mitgliedern üblicherweise bietet, ausgeschlossen sind. In diesen Quartieren konzentrieren sich überdies die Kinderarmut und die Altersarmut. Die Armut alter Menschen ist eine besondere Armut, weil sie eine perspektivlose Armut ist; und die Armut von Kindern ist eine besondere Armut, weil sie die Zukunft dieser Kinder beeinträchtigen kann.



Abb. 2: Auf gute Nachbarschaft – auch in der Vertikalen
(Foto: SQF.Plan.Berlin)

Allerdings kann man mit Ausnahme der Kinderarmut nicht davon sprechen, dass sich die Segregation von Arbeitslosen, Armen und Ausländern generell verschärfen würde. Das unterscheidet sich je nach Stadttypus, insbesondere auch zwischen West und Ost. Die deutschen Städte sind noch weit entfernt von Zuständen, wie wir sie aus anderen entwickelten Ländern kennen. Aber wenn die sich abzeichnenden Entwicklungen fortauern, dann droht in der Tat ein dichtes Nebeneinander von Quartieren der Ausgrenzung und luxuriösen Quartieren der neuen Urbanität. Solche Verinselung der Stadt aber kann doppelt gefährlich werden für die Integration der Stadtgesellschaft. Einmal, weil damit die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in provozierender Weise im Alltag der Städte sichtbar wird. Zum andern, weil in den Gebieten der Ausgrenzung die deutschen Verlierer des ökonomischen Strukturwandels mit den noch nicht integrierten Zuwanderern in eine hoch konflikträchtige Nachbarschaft zusammengezwungen werden. Vielleicht wird immer noch zu sehr unterschätzt, wie sehr der soziale Frieden in den deutschen Städten auch für den ökonomischen Erfolg der Städte in der Bundesrepublik verantwortlich ist. Wer investiert schon gerne in einer Stadt, in der Riots stattfinden wie in Birmingham? In Städten wie Stuttgart und Frankfurt haben heute schon 60% der Kinder Migrationshintergrund. Wenn deren Ausbildung weiterhin so miserabel wie gegenwärtig bleibt, dann werden diese Städte in Zukunft keine sehr konkurrenzfähigen Arbeitsmärkte mehr bieten können.

Für diese Entwicklungen ist zum Teil auch Politik verantwortlich. Seit Mitte der siebziger Jahre und auf Initiative der SPD bemüht man sich, die Wohnungsversorgung in den Markt zu überführen. Das hat dazu geführt, dass der soziale Woh-

nungsbau nicht mehr für „breite Schichten des Volkes“ zur Verfügung steht, sondern zum Auffangbecken für Problemgruppen geworden ist. Außerdem hat die Privatisierung gemeinnütziger Wohnungsbestände mancher Kommune den wichtigsten Partner einer sozial verantwortlichen Stadtpolitik genommen. Ein Teil der Neueigentümer verfolgt außerordentlich problematische Strategien. Nach einer Studie über Mehrfachverkäufe größerer Wohnungsbestände 1999–2008 haben nahezu alle Käufer die Mieten erhöht und die Bestandsinvestitionen gesenkt bzw. auf niedrigem Niveau gehalten. Auch zeigte die Mehrheit der Käufer keinerlei Interesse, sich an wohnungs- oder stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen der Kommunen zu beteiligen. Vereinzelt verfolgen sie sogar eine geradezu desaströse Politik, die direkt zur Bildung sozialer Brennpunkte führt.

Nach einer Studie von Carsten Keller in zwei ostdeutschen Städten wurden dort von den Eigentümern größerer Bestände die für problematisch gehaltenen Haushalte in den für eine Privatisierung weniger geeigneten Beständen konzentriert, dort jegliche Investitionen unterlassen und die Instandhaltung und Modernisierungsmaßnahmen auf die privatisierbaren Bestände konzentriert. Schließlich ist vom Programm Soziale Stadt gerade das gestrichen worden, was das Programm als ein Modell für eine neue Stadtpolitik hatte erscheinen lassen: die Integration baulicher Maßnahmen mit sozialpolitischen, bildungspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Interventionen im Stadtteil.

Was tun?

Segregation ist ein hoch zwiespältiges Phänomen. Entscheidend ist die Art und Weise, wie Segregation zustande kommt, freiwillig oder erzwungen. Das fordert von der Stadtpolitik einen differenzierten Umgang mit Segregation. Die deutsche Stadt- und Wohnungspolitik hat immer versucht, Segregation zu vermeiden. Solange es sich dabei um eine durch Diskriminierung und mangelnde Kaufkraft erzwungene Segregation handelte, gab es dafür auch gute Gründe. Segregation aber kann auch erwünscht sein. Das belegt die Tatsache, dass gerade bei den Haushalten mit den meisten Optionen auf den städtischen Wohnungsmärkten besonders hohe Segregation festzustellen ist. Aber auch Migranten können gute Gründe haben, zunächst einmal in eine „ethnische Kolonie“ zu ziehen. Auf einige dieser Motive habe ich bereits hingewiesen.

Außerdem sind die häufig vermuteten negativen Effekte ethnischer Segregation in den bisher dazu vorliegenden Studien nicht bestätigt worden. Wenn negative Entwicklungen in Gebieten hoher Konzentration von Ausländern feststellbar sind, dann sind sie in allererster Linie Effekte der sozialen Lage und nicht einer ethnischen Kultur. Ethnische Kolonien erfüllen notwendige und positive Funktionen als eine Stufe im Prozess der Integration. Sie sind deshalb auch ein universelles Phänomen, beobachtbar in allen Einwanderungsländern. Auch die Deut-



schen sind in den USA zunächst einmal nach *Little Germany* gezogen.

Zuwanderung verlangt also von der Stadtpolitik, auf sehr schmalen Grat zu balancieren: Sie muss freiwillige Segregation zulassen und erzwungene Segregation mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Sie muss Einwandererquartiere als Dauerinstitutionen der Stadt akzeptieren und zugleich alles daran setzen, dass sie nicht zu Fallen werden, aus denen die Zuwanderer keinen Weg mehr finden in die Aufnahmegesellschaft. Allerdings ist die Differenzierung zwischen freiwilliger und erzwungener Segregation nur theoretisch leicht. In der Praxis überlagern sich freiwillige und erzwungene Segregation. Das aber rechtfertigt keineswegs, dass die Stadt- und Wohnungspolitik versucht, jede Form der Segregation zu verhindern. Erzwungene Desegregation fördert die Integration der Zuwanderer ebenso wenig wie ihre erzwungene Segregation.

Daraus ergeben sich zwei wesentliche Ziele der Stadtpolitik: Sie muss versuchen, die Optionen aller Stadtbewohner auf dem Wohnungsmarkt zu erhöhen. Das Wohngeld und erschwinglicher Wohnraum in allen Stadtteilen sind Wege in diese Richtung. Die zweite zentrale Aufgabe einer städtischen Integrationspolitik besteht darin, negative Karrieren von Quartieren und ihren Bewohnern zu verhindern. Wenn die beschriebenen Teufelskreise einmal in Gang gekommen sind, kann man nur noch Schaden begrenzen. Prozesse der passiven Segregation, also die Konzentration von Problemgruppen in bestimmten Quartieren durch die Abwanderung der Mittelschicht Haushalte, sind besonders schwer zu steuern, weil sie auf den freiwilligen Standortentscheidungen privater Haushalte beruhen, und weil sie häufig unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der Kommunalpolitik verlaufen. Eine präventive Politik erfordert daher zu allererst ein sehr sensibles Monitoring der Stadtentwicklung, das darüber informiert, wenn ein Stadtteil beginnt, zu einer schlechten Adresse zu werden; wenn Eltern beginnen, sich Sorgen um die Bildungschancen ihrer Kinder auf den lokalen Schulen zu machen; wenn die Bewohner eines Stadtteils beginnen, über einen Umzug nachzudenken. Ferner sollte ein solches Monitoring nicht nur die Probleme, sondern auch die Potenziale eines Stadtteils erfassen. Der GdW hat dementsprechend in einer Broschüre Erfolgsfaktoren sozialer Quartiersentwicklung genannt, die beinhalten, die endogenen Potenziale zu erkennen und an ihnen einzusetzen.

Da – wie erwähnt – soziale Brennpunkte häufig erzwungene Nachbarschaften von deutschen „Verlierern“ und nicht integrationserfolgreichen Zuwanderern beinhalten und deshalb besonders konfliktträchtig sind, sind Moderationsverfahren notwendig, die verhindern, dass Konflikte gleich auf die Ebene der Polizei, der Justiz, von Kündigungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen hochschießen.

Ferner sind vorsichtige städtebauliche Aufwertungen notwendig, die bessere Wohnungsangebote auch im Quartier schaffen, so dass integrationserfolgreiche Migrantenhaushalte

halte nicht gezwungen sind, das Quartier zu verlassen, wenn sie ihre Wohnsituation verbessern wollen. Und vor allem sind gerade in diesen Quartieren die besten Schulen vonnöten, und solche Schulen können sich nicht mehr auf Wissensvermittlung beschränken, sie müssen auch versuchen, die Defizite der familialen Erziehung, die in solchen Quartieren häufig anzutreffen sind, wenigstens ansatzweise zu kompensieren. Schließlich sind solche Interventionen zu verstetigen. Es gibt gute Gründe für die Befristung von Interventionen, da es schließlich darum geht, selbsttragende Strukturen zu schaffen. Aber gerade in den problembeladenen Quartieren sind informelle Strukturen besonders personenabhängig und deshalb besonders fragil. Sie brauchen Pflege, es ist eine Art Infrastruktur für das Ehrenamt notwendig. Die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik ist im Übrigen nicht beendet, wenn ein Gebiet erneuert wurde. Solange es soziale Ungleichheit gibt, solange Menschen in dieses Land einwandern und solange die Gefahr von Ausgrenzungsmechanismen besteht, so lange ist eine soziale Stadtpolitik in unseren Städten notwendig. Das Programm Soziale Stadt ist eine Daueraufgabe, die dauerhafte institutionelle und personelle Strukturen verlangt. Und, da Selbstverständlichkeiten auch benannt werden müssen: Es ist Geld notwendig, viel Geld!

Prof. Dr. Walter Siebel

Universitätsprofessor für Soziologie mit Schwerpunkt Stadt- und Regionalforschung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH
Hinter Hoben 149, 53129 Bonn
Telefon: 0228/72599-30
Telefax: 0228/72599-19
E-Mail: verlag@vhw.de

